Stand: 16.07.2025 12:50:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/9892

"Der Wirtschaftsstandort Bayern muss auch auf einen harten Brexit vorbereitet sein!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/9892 vom 23.09.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/10866 des BU vom 22.10.2020
3. Beschluss des Plenums 18/11953 vom 08.12.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 64 vom 08.12.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 23.09.2020 **Drucksache** 18/**9892**

Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Harald Güller, Klaus Adelt, Michael Busch, Florian Ritter, Inge Aures SPD**

Der Wirtschaftsstandort Bayern muss auch auf einen harten Brexit vorbereitet sein!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Wirtschaftsstandort Bayern auch auf die Möglichkeit eines harten Brexits vorzubereiten, um, falls erforderlich, ab dem 1. Januar 2021 entsprechend und unmittelbar handlungsfähig zu sein.

Dafür soll die Staatsregierung,

– umgehend gemeinsam mit den anderen Ländern und dem Bund abgestimmte Strategien und Maßnahmen entwickeln, um die negativen Auswirkungen eines harten Brexits auf Deutschland und auch auf den Freistaat Bayern zu minimieren bzw. so weit wie möglich zu verhindern,

– in Bayern zusammen mit Gewerkschaften, Arbeitgebern, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern und weiteren Verbänden ein gemeinsames Vorgehen und Instrumente vorbereiten, um bayerische Arbeitsplätze und bayerische Unternehmen zu schützen,

– in ihre unmittelbaren politischen Vorhaben sowie in ihre aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Planungen nicht nur die Folgen der Corona-Krise, sondern auch die möglichen Folgen eines harten Brexits umfassend einzubeziehen. Das gilt beispielsweise für den gerade vorgelegten Fünf-Punkte-Plan für die bayerische Industrie, für die High-Tech-Initiative und für andere Zukunftsinvestitionen, aber auch für die fiskalischen Planungen, den kommenden Staatshaushalt und die mittelfristige Finanzplanung.

Begründung:

Mit einem Binnenmarktgesetz will der britische Premierminister den gültigen Austrittsvertrag mit der EU aushebeln. Die britische Regierung hat mittlerweile zugegeben, dass sie mit ihrem Schritt bewusst internationales Recht brechen wolle. Der britische Premierminister rechtfertigt diesen geplanten Rechtsbruch als Verhandlungstaktik. Dieses provozierende und unverantwortliche Vorgehen macht jedenfalls einen harten Brexit nicht unwahrscheinlicher, im Gegenteil, ein Brexit ohne Abkommen könnte tatsächlich ab 1. Januar 2021 Realität werden.

Großbritannien ist gegenwärtig ein bedeutender ökonomischer Partner Bayerns und war im Jahr 2019 mit einem Handelsvolumen von 18,4 Mrd. Euro der achtwichtigste Handelspartner. Etwa 125 000 Arbeitsplätze in Bayern hängen am Handel mit dem Vereinigten Königreich, bayerische Unternehmen haben dort bis heute Produktions- und Betriebsanlagen im Wert von rund 20 Mrd. Euro aufgebaut. Es gibt ca. 500 Niederlassungen bayerischer Firmen, die nahezu 60 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter be-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

schäftigen und jährlich 36 Mrd. Euro umsetzen. Umgekehrt unterhalten britische Unternehmen in Bayern 220 Niederlassungen und beschäftigen rund 34 000 Mitarbeiter, die jedes Jahr einen Umsatz von etwa 20 Mrd. Euro erzielen.

Die Informationszentrale der bayerischen Wirtschaft gab Anfang August 2020 folgende Zahlen einer Umfrage unter den Mitgliedern der bayerischen Metall- und Elektro-Industrie bekannt, die ebenfalls den Handlungsbedarf deutlich machen: Im Falle eines harten Brexits erwarten knapp 37 Prozent der Unternehmen einen Umsatzrückgang. Fast 20 Prozent rechnen mit einer Verteuerung von Vorprodukten und mehr als 15 Prozent befürchten eine allgemeine Erhöhung der Marktpreise. Weitere 17 Prozent gehen davon aus, dass beim Ausscheiden des Vereinigten Königreichs ohne Abkommen ihre Lieferketten auseinanderbrechen.

Bayern übertrifft mit einem Bruttoinlandsprodukt von 633 Mrd. Euro (Stand 2019) 22 der 27 EU-Mitgliedsstaaten. Es muss verhindert werden, dass der Freistaat in drei Monaten am 1. Januar 2021 völlig unvorbereitet in einen harten Brexit stolpert. Deshalb ist die Staatsregierung dringend aufgefordert, die Vorbereitung auf einen harten Brexit als eine zentrale Aufgabe ihrer Politik zu erkennen, entsprechend zu handeln und auch dem Landtag umfassend Bericht zu erstatten.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 22.10.2020 **Drucksache** 18/**10866**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Harald Güller u.a. SPD
Drs. 18/**9892**

Der Wirtschaftsstandort Bayern muss auch auf einen harten Brexit vorbereitet sein!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Markus Rinderspacher**
Mitberichterstatter: **Alexander König**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 6. Oktober 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Enthaltung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Enthaltung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 22. Oktober 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Enthaltung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Enthaltung
   Ablehnung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.12.2020 **Drucksache** 18/**11953**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Harald Güller, Klaus Adelt, Michael Busch, Florian Ritter, Inge Aures SPD**
Drs. 18/**9892**, 18/**10866**

Der Wirtschaftsstandort Bayern muss auch auf einen harten Brexit vorbereitet sein!

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Alexander Hold
III. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Markus Rinderspacher
Abg. Florian Siekmann
Abg. Tobias Gotthardt
Abg. Martin Böhm
Abg. Florian von Brunn
Abg. Helmut Markwort

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Harald Güller u. a. (SPD)
Der Wirtschaftsstandort Bayern muss auch auf einen harten Brexit vorbereitet sein! (Drs. 18/9892)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt wieder 32 Minuten. Der erste Redner ist mein Kollege Markus Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD hat diesen Antrag nicht hochgezogen. Normalerweise ist es üblich, dass die Fraktionen zur Positionierung Anträge aus den eigenen Reihen hochziehen. Wir haben diese Debatte der AfD-Fraktion zu verdanken. Dies war in mehrfacher Hinsicht für uns überraschend:

Einerseits ist dieser Brexit-Antrag heute nicht mehr zwingend dahingehend zu behandeln, als dass mit ihm bereits im September die Staatsregierung aufgefordert wurde, notwendige Vorkehrungen gegen einen harten Brexit zu vollziehen. Dies hatte damals noch einen Sinn. Heute muss man nicht mehr darüber diskutieren, und man muss auch nicht die Staatsregierung wenige Tage vor Weihnachten auffordern, ein solches Paket zu schnüren.

Andererseits war es für mich dahingehend überraschend, als dass sich der AfD-Abgeordnete in der Sitzung vom 06.10.2020 im Europaausschuss des Bayerischen Landtags in keiner Weise beteiligt hat. Herr Abgeordneter Böhm hat den Ausführungen der Bayerischen Staatsregierung zu den Planungen zum Brexit sehr intensiv zugehört, sich aber am Bericht selbst nicht beteiligt. Umso überraschender ist, dass er heute einen SPD-Antrag hochzieht.

Man hätte dies vielleicht noch verstehen können, wenn er der Auffassung gewesen wäre, dass dieser SPD-Antrag so genial sei, obwohl er nicht von der AfD stammt, dass man ihn behandeln müsse. Ich hätte es auch verstanden, wenn er gesagt hätte, dieser SPD-Antrag sei so miserabel, dass man die Sozialdemokratie jetzt regelrecht im Bayerischen Landtag vorführen müsse, um zu zeigen, dass die SPD nur Mist baue. Herr Böhm hat sich im Europaausschuss bei diesem Antrag enthalten. Er fand den Antrag weder besonders gut, noch besonders schlecht. In dieser Hinsicht ist das Hochziehen des SPD-Antrags durch die AfD umso überraschender.

Die AfD hatte in den letzten sechs Monaten überhaupt keinen eigenen Antrag zum Brexit. Weil sie ganz offensichtlich das bayerische Parlament blockieren möchte, versucht sie, einen Antrag nach dem anderen hochzuziehen. Sie ist darauf angewiesen, sozialdemokratische Anträge hochzuziehen, da sie sich nicht aus der eigenen Hände Arbeit entsprechend ernähren kann.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man ist wirklich überrascht!

Es gäbe zum Brexit manches zu sagen, aber nicht auf der Grundlage eines SPD-Antrags vom September, der selbstverständlich sehr gut war. Herr Böhm, deswegen werden Sie diesem wahrscheinlich heute auch entgegen Ihrer Enthaltung und Ihrem Schweigen im Ausschuss am 06.10. zustimmen. Ich habe zu dem Antrag im Ausschuss intensiv alles Wichtige gesagt und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Alexander König von der CSU-Fraktion auf.

(Zuruf)

Die CSU-Fraktion verzichtet. Gilt das generell oder für Sie als Abgeordneten? – Gut, sie verzichtet. Dann rufe ich Herrn Florian Siekmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf. Er verzichtet nicht.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Präsident, Sie werden mir drei, vier Worte gönnen. Viel mehr brauche ich an der Stelle nicht.

(Zuruf: Das waren schon drei, vier Worte!)

Die Brexit-Verhandlungen dauern natürlich immer noch an und sind gerade in einer kritischen Phase. Wir streiten seit Monaten über dieselben Sachen: Fischerei, "Level Playing Field" und Streitbeilegung.

Ich möchte heute nur ein paar Worte zur Fischerei sagen, obwohl wir kein Küstenstaat sind. Die Fischerei ist bei diesem ganzen Abkommen ein tolles Beispiel dafür, in welche Sackgasse nationalistische Erzählungen einen eigentlich führen können. Jetzt streitet Großbritannien um die Fischerei in den Hoheitsgewässern, die einen Beitrag von 0,1 % zum eigenen Bruttoinlandsprodukt leistet. Dafür droht ihm, dass es den freien Zugang zum Binnenmarkt und ein Freihandelsabkommen verliert, das für über 40 % des eigenen Exports steht. Das muss man sich mal vorstellen. Weil man an dem Slogan "Take back control" gehangen ist und ihn nicht nur auf die eigenen Landes-, sondern auch auf die Seegrenzen bezogen hat, setzt man jetzt den ganzen eigenen Wohlstand aufs Spiel.

Premierminister Johnson ist in einer richtigen Sackgasse, weil er einfach nicht hinter das zurückgehen kann, was er den Brexiteers versprochen hat. Das ist genau Ihre Denkweise. Ich glaube, Sie wollten den Antrag heute nur hochziehen, um den Brexit zu feiern. Ich wollte Ihnen zeigen, dass er in eine Sackgasse führt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Siekmann. – Der nächste Redner kommt schon, Herr Tobias Gotthardt von der FREIE-WÄHLER-Fraktion.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist bestmöglich auf einen harten Brexit vorbereitet. Alles Weitere klären Uschi und Boris morgen Abend.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Als Nächsten rufe ich Herrn Martin Böhm von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist erstaunlich, mit welcher Spannung sich die Kollegen anderer Parteien hier Anträgen widmen und was man alles reininterpretiert oder auch nicht, wenn wir einen Antrag hochziehen, den die SPD-Fraktion im Ausschuss gestellt hat. Schön ist ja, wenn sich Fraktionen zum Brexit Gedanken machen.

(Zuruf)

Wir haben das schon neun Monate eher gemacht. Bei der SPD war es recht spät, dass sie sich Gedanken dazu gemacht hat. Vielleicht hat das auch mit den verschlungenen Entscheidungswegen innerhalb der Sozialdemokratie zu tun. Liebe Kollegen von der SPD, Ihre Pflicht gegenüber der bayerischen Wirtschaft und den bayerischen Arbeitern wäre es gewesen, seinerzeit schon in Brüssel mit aller Kraft darauf hinzuwirken, ein faires Abkommen zu gestalten. Der Pflicht sind Sie eindeutig nicht nachgekommen. Rechtzeitiges Handeln wäre notwendig gewesen, um die Weichen für eine beiderseitig profitable Zukunft zu stellen. Jetzt über Instrumente zu sprechen, die die zu erwartende Härte abmildern, ist vollkommen realitätsfern.

(Beifall bei der AfD)

Sie hätten seinerzeit besser auf die Kollegen auf der Bundesebene einwirken und rechtzeitig mit ihnen sprechen sollen. Einfluss auf die Verhandlungen wäre gar nicht unmöglich gewesen. Die bayerischen Vertreter der SPD vertreten immerhin die fünftgrößte Wirtschaftsmacht in Europa. Es wäre bedeutend zielführender gewesen, als damals diese Anträge zu formulieren.

Exporte in Milliardenhöhe kann man nicht über Nacht sichern. Hier hat leider die EU-initiierte Abschreckung von Nachahmern über die Methode der gütlichen Einigung obsiegt. Anstatt an die Arbeiter und Unternehmer zu denken, wurde einfach die Lust am EU-Fetisch ausgelebt. Aus purem bayerischen Eigennutz wäre jedes Freihandelsabkommen vorzuziehen gewesen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Martin Böhm (AfD): – Nach der Rede bitte. – Nur dann hätte die florierende deutsche Exportwirtschaft eine Chance gehabt, den positiven Beitrag zu unserem Steueraufkommen zu leisten. Jetzt hat Bayern das nötiger als je zuvor. All die Aspekte bleiben aber trotz unserer Mahnungen im Februar vollkommen unberücksichtigt. Als Konsequenz daraus beschäftigen wir uns mit dem Antrag von damals, der vage und inkonsequent war. Warum muss zum Beispiel der Vorschlag, pensionierte Zollbeamte zu reaktivieren, um in der jetzt kommenden Übergangsphase Firmen beim konkreten Erstellen von T-Versandscheinen zu helfen, von uns kommen? Beim Impfmarathon bitten Sie ja auch Pensionisten zum Dienst. Ihnen gehen einfach die Visionen aus, weil Sie in irrationaler EU-Gläubigkeit gefangen sind.

(Beifall bei der AfD)

Wie bereits im Ausschuss angekündigt, enthalten wir uns bei Ihrem Antrag. Er hat zum Teil keine so schlechten Intentionen gehabt. Unseren britischen Freunden – das ist mir

besonders wichtig – wünschen wir sehr viel Erfolg dabei, die demokratische Kontrolle in ihrem Land nun bald wieder vollkommen uneingeschränkt und selbst wahrnehmen zu dürfen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen von Brunn. – Bitte.

Florian von Brunn (SPD): Mir ist erst einmal aufgefallen, dass Sie offensichtlich nicht den Mut haben, Zwischenfragen zuzulassen. Als Zweites ist mir aufgefallen, dass Sie sachfremd über Arbeiterinnen und Arbeiter reden. So weit ich weiß, hat die AfD jetzt angefangen, über eine gesetzliche Rentenversicherung zu diskutieren. Bisher haben Sie das ja abgelehnt. Sie wollten, dass alle Leute sich privat versichern. In Deutschland ist schon im 19. Jahrhundert von Bismarck die gesetzliche Rentenversicherung eingeführt worden. Seitdem treten die Sozialdemokraten auch in Deutschland für den Sozialstaat ein. Ich halte deswegen fest, dass die AfD 150 Jahre historischen Abstand braucht, um überhaupt kleine Verbesserungen für Arbeiterinnen und Arbeiter anzuerkennen. Das sagt genug aus. Deswegen sollten Sie gar nicht über dieses Thema reden.

(Beifall bei der SPD)

Martin Böhm (AfD): Lieber Kollege von Brunn, erst einmal herzlichen Dank für das weitschweifende Co-Referat. Es wäre eigentlich nicht nötig gewesen, aber Sie konnten mit dem Co-Referat den wenigen – vielleicht 6 % –, die Sie noch wählen, zeigen, dass Sie zumindest in solchen Situationen im Parlament noch eine Stimme haben, wenn auch sonst eigentlich – ich will jetzt gar nicht sagen, was mir auf der Zunge liegt – sehr viel Quatsch dabei herauskommt. Davon nehme ich den Kollegen Rinderspacher ganz ausdrücklich aus, weil er der Einzige in Ihren Reihen ist, von dem man immer noch vernünftige Äußerungen und Wortschöpfungen wahrnimmt. An anderen Kollegen und speziell Ihnen, Herr von Brunn, zweifele ich sehr stark.

(Unruhe)

Wir als Bundes-AfD sind eine der wenigen Parteien, die es geschafft haben, ein patriotisches soziales Rentenkonzept auf die Beine zu stellen. Es zeichnet uns aus, dass wir heute noch sinnvoll und sinnstiftend darüber diskutieren können, was Sie in den vergangenen Dekaden Ihrer Regierungsbeteiligung versemmelt haben.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Helmut Markwort von der FDP-Fraktion.

Helmut Markwort (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich teilen wir die Intention der SPD. Wir wollen die bayerische Wirtschaft, soweit es geht, vor den Folgen des Brexit geschützt wissen. Leider enthält der SPD-Antrag dafür aber keinerlei konkrete Vorschläge. Deshalb wird sich die FDP-Fraktion enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Markwort. Damit ist die Rednerliste erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion, der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Wer enthält sich? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der Tagesordnung angekommen.

(Zuruf)

– Pardon? – Nein, das ist kein Problem. Ich weiß, es ist jetzt 10 Minuten vor 10 Uhr. Wir sind damit am Ende der Sitzung. Die Sitzung beginnt morgen wieder um 9:00 Uhr mit den Ersten Lesungen. Als Erstes geht es um die Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes, und dann bringt die Staatsregierung ihre Feststellung des Haushaltsplans ein. Einen schönen Abend und bis morgen um 9:00 Uhr.

(Schluss: 21:52 Uhr)